

Jahresbericht 2019 des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 17326

7 Anlagen

Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 12.02.2020
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Das kommunale Netzwerk

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirksam entgegenzutreten. Trotz der unzähligen Beispiele für eine intakte, lebendige und verantwortungsvolle Münchner Stadtgesellschaft darf nicht verdrängt werden, dass es auch in München – wie überall in Deutschland – zunehmend zu Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder Menschen mit sichtbaren Diskriminierungsmerkmalen kommt.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren ein **Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** geschaffen, in dem verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis ihrer eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammenwirken.

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat. Sie dient als Schnittstelle zwischen Verwaltung, anderen Behörden und Zivilgesellschaft und **koordiniert auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stellen des Netzwerkes**. Dabei bündelt sie Informationen und Know-how mit dem Ziel, die demokratische Stadtgesellschaft zu stärken. Neben der Fachstelle gehören zum Netzwerk beispielsweise

- a) die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die den Bereich Recherche, Dokumentation und Information abdeckt (siehe Bericht als Anlage 1),
- b) die Opferberatungsstelle Before e.V. zur Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt (Anlage 2),

- c) für die pädagogische Vermittlung von Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention das Netzwerk demokratische Bildung (Anlage 3) und das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ (Anlage 4),
- d) die Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring und seit Ende 2018 das Demokratiemobil des Kreisjugendrings München-Stadt (Anlage 5),
- e) die Beauftragten gegen Rechtsextremismus bei den Bezirksausschüssen für die Stadtteilarbeit,
- f) das zivilgesellschaftliche Bündnis München ist bunt! e.V. (Anlage 6) und
- g) das Stadtjugendamt – Bereich politische Bildung – als Anlaufstelle und für Hilfestellungen für die pädagogische Praxis und unterstützende Beratung im Bereich Rechtsextremismus und Radikalisierung (Anlage 7).

Um den Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit weiter zu stärken, wird dieses Netzwerk im kommenden Jahr noch weiter ausgebaut werden, denn der Stadtrat hat im November 2019 beschlossen, dem Netzwerk zusätzliche Mittel in Höhe von 330.000 Euro zur Verfügung zu stellen. 280.000 Euro davon gehen an die zivilgesellschaftlichen Informations- und Beratungsstellen innerhalb des Kommunalen Netzwerks. Konkret werden das Engagement der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm) im Bereich Recherche, Dokumentation und Information, die Arbeit der Beratungsstelle BEFORE, die Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Diskriminierung berät und unterstützt, sowie die demokratiepädagogischen Angebote des Bildungskollektivs „Die Pastinaken“ und des Kreisjugendrings München-Stadt gestärkt.

Um die Arbeit der einzelnen Netzwerkstellen noch breiter bekannt zu machen und den Stadtrat über deren einzelne Tätigkeiten genauer zu informieren, haben im Rahmen dieser Bekanntgabe die Netzwerkstellen jeweils eigene kurze Berichte zu ihrer Tätigkeit im Jahr 2019 erstellt. Diese finden Sie im Anhang zu dieser Bekanntgabe. Die Berichte wurden durch die Netzwerkstellen eigenständig erstellt und liegen redaktionell und inhaltlich in der Verantwortung der jeweiligen Verfasser. Die Fachstelle für Demokratie hat die Bündelung übernommen und stellt die wesentlichen Eckpunkte der eigenen Arbeit im Jahr 2019 vor.

2. Bericht der Fachstelle für Demokratie

2.1 Zunahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten

Im Jahr 2019 war auf der Grundlage der medialen Berichterstattung und der im Kommunalen Netzwerk bearbeiteten Beratungsfälle eine besorgniserregende Zunahme offen rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer, LGBTIQ*-feindlicher und sonstiger menschenfeindlicher Gewalt- und Straftaten im Stadtgebiet zu beobachten. Dies ist sicherlich auch mitbegründet durch die Verrohung von Diskursen im Netz, im öffentlichen Raum und auch im Bereich der politischen Auseinandersetzung. Auch mit der Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke und dem antisemitischen Anschlag von Halle war eine erhebliche Verschärfung der Situation bundesweit zu konstatieren.

Darüber hinaus haben sich die Herausforderungen der vielfältigen Münchner Stadtgesellschaft mit den unterschiedlichen Formen und Phänomenen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2019 weiter ausdifferenziert. Insbesondere sind die folgenden Diskurse und Strömungen von Bedeutung:

Agitation gegen Geflüchtete und Muslime

Insbesondere die Agitation gegen Geflüchtete und Muslime als (vermeintlich) "kriminelle Invasoren" mit dem angeblichen Ziel einer „Islamisierung“ der Bundesrepublik Deutschland ist zentrales Thema der extremen Rechten und dient den unterschiedlichen Gruppierungen, Parteien und Einzelpersonen oftmals als Bindeglied.

Dabei werden lokal und bundesweit begangene Straftaten verallgemeinert, mit reißerischen Oberbegriffen versehen („Messer-Morde“, „Messer-Männer“, „Massen-“ oder „Gruppenvergewaltigungen“ etc.) und sodann ausschließlich einer bestimmten Gruppe – jungen, geflüchteten Männern muslimischen Glaubens – zugeschrieben.

„Der Islam“ wird als „faschistische Ideologie im Deckmantel einer Religion“ dargestellt. Letztlich zielt diese Herangehensweise darauf ab, unter Umgehung von Grundrechten, insbesondere des Gleichbehandlungsgebots (Art. 3 GG) und der Religionsfreiheit (Art. 4 GG), die Forderung nach repressiven staatlichen Maßnahmen gegenüber Menschen muslimischen Glaubens zu legitimieren und Muslime aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit auszugrenzen und abzuwerten.

In München waren 2019 in diesem Kontext insbesondere die „Bürgerbewegung Pax Europa e.V.“ (BPE) und zu Beginn des Jahres „PEGIDA München – Das

Original“ (nach eigenen Angaben ein offizieller Ableger von „PEGIDA Dresden“) mit mehreren Versammlungen in der Innenstadt aktiv.

Vermeintlich verschlechterte Sicherheitslage

Flankiert und unterstützt von einschlägigen pseudo-journalistischen Portalen sowie Social-Media-Kanälen verbreiten verschiedene Akteure das Narrativ von der „sich rapide verschlechternden Sicherheitslage auch in der Landeshauptstadt München“, mit angeblichen Brennpunkten an zentralen Plätzen wie dem Hauptbahnhof und dem Stachus sowie rund um Geflüchtetenunterkünften. Fakt¹ ist jedoch: München ist nach wie vor die sicherste Großstadt in Deutschland.

Rechtsextremisten nutzen diesen Diskurs allerdings, um sich selbst zu mandatieren und – wie auch in München 2019 immer wieder der Fall – im öffentlichen Raum sog. „Streifengänge“, die stark an „Bürgerwehren“ erinnern, durchzuführen. Dadurch soll bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden, die Polizei könne nicht mehr für die öffentliche Ordnung sorgen. In München waren hier insbesondere die sog. „Wodans Erben Germanien“ sowie Personen aus dem Spektrum der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ aktiv.

Rassistisch aufgeladene Verteilungskonflikte

Weiterhin geht die Abwertung einer bestimmten Gruppe oft einher mit der Darstellung eines Verteilungskampfes um begrenzte Ressourcen. Zentrales Argument extrem rechter Agitation ist, dass „Geflüchtete, Muslime, Sinti und Roma oder andere Gruppen mit der restlichen Bevölkerung um (knappe) Güter konkurrieren“. Bei diesen Gütern handelte es sich „unter anderem um bezahlbaren Wohnraum, aber auch um Sozialleistungen oder um den Zugang zur Politik“. Behauptet wird, dass die als „fremd“ gekennzeichnete Gruppe bevorteilt, während die „Alteingesessenen“ benachteiligt würden. Diese Strategie der Ethnisierung sozialer Probleme durch die extreme Rechte fällt teilweise auf fruchtbaren Boden – auch weil es faktisch soziale Ungleichheit in der Gesellschaft gibt.

Provokation als politische Strategie

Der rechtsextremistisch geprägte „PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e. V.“ (PEGIDA-München e. V.) um den von Sicherheitsbehörden als „rechter Gefährder“² eingestuftem Vorsitzenden des Vereins hatte noch in 2018 wöchentlich drei Versammlungen in der Münchner Innenstadt durchge-

1 <https://www.polizei.bayern.de/muenchen/schuetzenvorbeugen/beratung/index.html/663> (Zugriff am 21.01.2020).

2 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/pegida-muenchen-meyer-gefaehrder-1.4502050>

führt. Diese Aktivitäten konnte die Gruppierung in 2019 nicht wieder aufnehmen, sie trat nur mit vereinzelt Aktionen in Erscheinung. Allerdings ist ein erhebliches Niveau an verbaler Aggression und Bereitschaft zur Provokation durch den PEGIDA-Protagonisten zu verzeichnen. So folgte dem Prinzip „Provokation“ beispielsweise das mehrmalige Abspielen eines latent antisemitischen Videos im Rahmen einer Versammlung des PEGIDA-München e. V. gegen den „Antifa-Kongress“ im DGB-Haus am 9. November 2019.

Zu beobachten ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit des NPD-Mitglieds und BIA-Vertreters im Stadtrat, mit PEGIDA-Protagonisten. So nahm der BIA-Vertreter an der oben genannten Versammlung des PEGIDA-München e. V. anlässlich des „Antifa-Kongresses“ teil.

Im Umfeld der PEGIDA ist weiterhin mit heftigen antisemitischen und anti-muslimischen Provokationen zu rechnen.

Das Narrativ vom „großen Austausch“

Die extreme Rechte propagiert das Konzept des „Ethnopluralismus“, nach dem Völker ihre Identität nur als ethnisch homogene Gemeinschaften ohne „Vermischung“ mit anderen bewahren könnten. Agitiert wird gegen eine angebliche „Massenzuwanderung“ und „Islamisierung“, den „Identitätsverlust des europäischen Kontinents“ und den „demografischen Kollaps Deutschlands“ im Rahmen des sogenannten „Großen Austauschs“. Das Konzept des „Großen Austauschs“ behauptet einen durch politische und kulturelle Eliten vorangetriebenen und durch staatliche Institutionen organisierten „Bevölkerungsaustausch“ in Deutschland und Europa. Die Vorstellung weist Parallelen zu völkisch-biologistischen Denkmustern auf, die in der rechtsextremistischen und neonazistischen Szene mittels der Schlagworte des „Volkstodes“ und der „Umvolkung“ thematisiert werden. Der Terrorist, der am 15. März 2019 im neuseeländischen Christchurch 50 Menschen ermordete, veröffentlichte ein mit „The Great Replacement“ (auf Deutsch: „Der große Austausch“) betitelttes Manifest, in dem er seine Tat mit dieser zentralen Verschwörungsideologie der sog. „Neuen Rechten“ rechtfertigte. Auch der Terrorist, der am 9. Oktober 2019 versuchte, einen Anschlag auf Menschen zu verüben, die gerade in der Synagoge in Halle den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur feierten, und, nachdem er daran gescheitert war, in die Synagoge einzudringen, zwei Menschen tötete, bezog sich in seinen Texten auf diese – oftmals antisemitisch aufgeladene – Verschwörungsideologie des „Großen Austauschs“.

Eine Organisation, die das Narrativ vom „großen Austausch“ besonders intensiv betreibt, ist die *Identitäre Bewegung* (IB). In München trat die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Organisation 2019 mit Aktionen wie zum Bei-

spiel einer zeitweisen Blockade vor dem Eingang zum Münchner Flüchtlingsrat in der Goethestraße in Erscheinung, um Personen, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagieren wollen, öffentlichkeitswirksam einzuschüchtern.

Fundamentalistische „Abtreibungsgegner“

Auffallend ist der – teilweise auch offen propagierte – Schulterschluss zwischen Akteuren der extremen Rechten, rechtspopulistischen Parteien und christlich-fundamentalistischen „Abtreibungsgegnern“.

Auch im Laufe des Jahres 2019 führte der Verein „Helfer für Gottes kostbare Kinder Deutschland e.V.“ wieder in der Hans-Stützle-Straße in Freiham mehrere „Mahnwachen“ und „Gehsteigberatungen“ durch. Frauen, die sich (vermeintlich) auf dem Weg zu einem Schwangerschaftsabbruch befinden, wurden durch einzelne Aktivist*innen vor der dortigen Klinik angesprochen und auf Transparenten mit Bildern teilweise drastischer Darstellungen von abgetriebenen Föten konfrontiert. Darüber hinaus veranstaltete die Bewegung nahezu monatlich Demonstrationen im Stadtgebiet, bei denen die Thematik mit dem für die Szene der sog. „Abtreibungsgegner“ typischen aggressiven Framing behandelt wurde. Insbesondere werden Begriffe wie „Mord“ im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbruch verwendet und die betroffenen Frauen bzw. das beteiligte medizinische Personal kriminalisiert.

Daneben hielt 2019 auch die katholisch-fundamentalistische Gruppierung „40 Tage für das Leben“ wieder „Mahnwachen“ ab. Der Münchner Ableger der ursprünglich aus den USA kommenden Gruppierung wurde 2016 durch ein Mitglied der faschistischen kroatischen Partei HCSP gegründet und veranstaltet seitdem zweimal im Jahr eine jeweils 40-tägige „Mahnwache“. Bei dieser stehen Mitglieder der Gruppierung mit Schildern und Transparenten in der Hans-Stützle-Straße in Freiham und beten, um so Einfluss auf Frauen zu nehmen, die sich auf dem Weg in das dort ansässige Gesundheitszentrum befinden.

Das Thema Schwangerschaftsabbruch kann neben der sog. „Islamisierung“, dem sog. „Genderwahn“ und dem Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ als das vierte wichtige Schnittstellenthema zwischen ultrakonservativen Christ*innen und rechtsgerichteten Milieus bezeichnet werden: Die Frau, vor allem „in der ihr von der Natur aus zugeordneten Rolle als Mutter“, die heterosexuelle Kleinfamilie als „natürliche Grundlage von Volk, Staat und Gesellschaft“, Slogans wie „eine Willkommenskultur nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Nichtgeborene“ – hier ergeben sich aus Sicht der verschiedenen Akteure Möglichkeiten, rechte Ideen und Weltbilder weiter in die Mitte der Gesellschaft zu verschieben.

„Reichsbürgerideologie“

Der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ wurden in Bayern 2018 insgesamt rund **4.200 Personen** zugerechnet (LfV, Stand: 31.12.2018), davon etwa **370** in München. Auch im Jahre 2019 blieb dieses Niveau in München in etwa konstant. Das Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ reicht von Querulanten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten bis hin zu Geschäftemachern, psychisch Kranken und Personen mit geschlossen rechtsextremen Weltbild.

Personen aus der „Reichsbürgerbewegung“ sind teilweise auch in Vereinen oder Parteien aktiv. Bereits 2018 teilte der bayerische Innenminister Joachim Hermann mit, dass mehrere „Reichsbürger“ auch Funktionsträger in der bayerischen AfD seien.

Die Spitzenkandidatin der Münchner AfD für die Kommunalwahl 2020, gelangte ins Blickfeld des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz³, als sie Ende 2016 einen Antrag auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises stellte. Sie bezeichnet dies inzwischen als „private Dummheit“ (vgl. Bewerbungsrede bei der Aufstellungsversammlung für den Münchner Stadtrat am 16.11.2019, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=E224AAyvRLM> [Zugriff am 19.12.2019]). Zur Beantragung von so genannten Staatsangehörigkeitsnachweisen führt der Verfassungsschutzbericht Bayern auf Seite 179 wie folgt aus:

“Ausgehend von der falschen Annahme, ohne Staatsangehörigkeitsausweis staatenlos zu sein, beantragen Reichsbürger häufig einen Staatsangehörigkeitsausweis (sog. ‚gelber Schein‘) zur Bestätigung ihrer Reichs- und Staatsangehörigkeit nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Begriff ‚Personalausweis‘ ist für sie ein Beleg für die Staatenlosigkeit, da als ‚Personal‘ ausschließlich Angehörige einer Firma, hier der ‚Firma BRD‘ bezeichnet würden. Vom Staatsangehörigkeitsausweis erhofft sich dieser Personenkreis – rechtlich völlig unzutreffend – u. a. den ‚Ausstieg aus der Firma BRD‘. Der ‚gelbe Schein‘ wird zudem als Nachweis der ‚Rechtsstellung‘ als Staatsangehöriger des vorgeblich fortbestehenden ‚Deutschen Reichs‘ angesehen.“

Die „Reichsbürgerbewegung“ bewegt sich nicht nur inhaltlich nicht auf dem Fundament der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, sondern stellt aufgrund der hohen Waffenaffinität ihrer Mitglieder auch eine aktive Bedrohung für die Stadtgesellschaft dar.

3 <https://www.mainpost.de/ueberregional/bayern/AfD-Funktionaer-ueber-Landeschef-Er-kann-nicht-deutsch-denken:art16683.9512908> (Zugriff am 21.01.2020).
<https://www.merkur.de/bayern/reichsbuerger-zahl-anhaenger-ist-groesser-als-angenommen-7405985.html> (Zugriff am 21.01.2020).

Die Münchner Stadtverwaltung war neben dem Bereich „Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen“ auch 2019 an unterschiedlichen Stellen mit Anhänger*innen dieser Ideologien konfrontiert. Durch sogenannten “paper terrorism“ - den Versand seitenlanger Schreiben, die teilweise persönliche Angriffe und Drohungen enthalten – sollten Mitarbeiter*innen eingeschüchtert und Behörden bei der Arbeit behindert werden.

Die Fachstelle für Demokratie gibt hier bereits seit Jahren mit der Handreichung "Hinweise zum Umgang mit 'Reichsbürgern'" den Bediensteten der Landeshauptstadt München eine erste Orientierung und berät im Einzelfall betroffene Kolleg*innen. Zuletzt wurde von der Fachstelle für Demokratie eine Dienstanweisung zum Thema „Reichsbürger und Selbstverwalter“ erarbeitet.

Instrumentalisierung des Presserechts durch Rechtspopulisten und Rechtsradikale

Insgesamt ist auch in München zu beobachten, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen zunehmend in Sprache und Vorgehensweise einen aggressiveren und auf Einschüchterung ausgelegten Ton wählen.

Problematisch ist aus Sicht der Fachstelle für Demokratie in diesem Zusammenhang insbesondere, dass rechtspopulistische und rechtsradikale Akteure bei Versammlungen immer wieder als „Journalisten“ auftreten und Personen, die als Gegendemonstrant*innen oder auch als opponierende Teilnehmer*innen beispielsweise an PEGIDA-Versammlungen teilnehmen, gezielt in einer Art und Weise filmen oder fotografieren, der sich die Betroffenen kaum entziehen können. Anschließend werden diese Aufnahmen – teils das tatsächliche Geschehen verzerrend zusammengeschnitten und/oder kommentiert – auf einschlägigen Internetseiten wie „PI-News“ oder in sozialen Netzwerken veröffentlicht und für Kommentierungen freigegeben. So versuchen einzelne Akteure aus dem rechten Spektrum, den Schutz der Pressefreiheit gezielt für ihre Zwecke zu nutzen. Dieses Vorgehen führt zu einer hohen Emotionalisierung von Situationen im Bereich des Versammlungsgeschehens und wird sicher auch in Zukunft eine erhebliche Herausforderung für die damit befassten Behörden darstellen.

Auch Mitarbeiter*innen von Behörden sehen sich zunehmend Einschüchterungsversuchen von dieser Seite ausgesetzt.

2.2 Zunahme rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlicher Vorfälle an Schulen

Bereits im Jahr 2018 war der Bildungsbereich (Schulen und Universitäten) von der Beratungsstelle Before e.V. als neuer Schwerpunkt im Bereich der Antidiskriminierungsberatung genannt worden. In diesem Jahr war nun nochmals ein signifikanter Anstieg rassistischer, antisemitischer und sonstiger menschenfeindlicher Vorfälle an Münchner Schulen zu beobachten. So häuften sich vor allem Fälle, in denen Schüler*innen rassistische und antisemitische, zum Teil strafrechtlich relevante, Inhalte in WhatsApp-Klassenchats verbreiteten. Die Fachstelle für Demokratie steht den Münchner Schulen bei entsprechenden Vorfällen als Ansprechpartnerin zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendamt übernimmt die Fachstelle für Demokratie außerdem die Beratung der Schulen – sowohl im pädagogischen und präventiven Bereich als auch im Hinblick auf die Notwendigkeit disziplinarischer Maßnahmen – oder koordiniert diese innerhalb des kommunalen Netzwerks.

2.3 Einordnung des OEZ-Attentats als politisch motivierte Kriminalität - rechts -

Nach einer jahrelangen Debatte, zahlreichen Landtagsanfragen und Presseberichten zur Einordnung des Attentats am Olympia-Einkaufszentrum, bei dem am 22. Juli 2016 neun Menschen ermordet wurden, stufte auch das Bayerische Innenministerium im Oktober 2019 die Morde als politisch motivierte Kriminalität - rechts - ein. Das Innenministerium folgte damit der Einschätzung der wissenschaftlichen Gutachten von Dr. Matthias Quent, Prof. Dr. Christoph Kopke und Dr. Florian Hartleb, die sich – beauftragt durch die Fachstelle für Demokratie – bereits im Jahr 2017 mit den Motiven des OEZ-Attentäters auseinandergesetzt und auf die zentrale Bedeutung des rassistischen Motivs hingewiesen hatten. Insbesondere für die Betroffenen des Anschlags und die Münchner Stadtgesellschaft ist es wichtig, dass alle Motive berücksichtigt und benannt werden. Gleichzeitig zeigt die Aufarbeitung des OEZ-Attentats, wie wichtig die Einbindung von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Experten durch die Landeshauptstadt München für die Einordnung der Morde war.

2.4 Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“

Durch Stadtratsbeschluss vom 24. Oktober 2018 („Demokratie stärken“, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12455) wurde die Fachstelle für Demokratie beauftragt, durch eine stadtweite Kampagne über kommunalpolitische Prozesse und Themen, die Kommunalwahl und Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe in der Landeshauptstadt zu informieren und aufzuklären. Hierzu koordiniert die Fachstelle für Demokratie zahlreiche Maßnahmen in einem referatsübergreifenden Arbeitskreis, in den auch zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden werden. Die Fachstelle entwickelte daraufhin die parteipolitisch neutrale Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“. Diese richtet sich an alle wahlberechtigten Münchner*innen. Sie spricht die Bürger*innen in ihrem persönlichen Interesse an („Für mich“) und appelliert an diese, bei der Wahlentscheidung auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung einer weltoffenen und pluralen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen („Für München“).

Auf der Kampagnenseite www.muenchenwaehl.de findet sich vielfältiges Material für Bürger*innen, um sich selbstständig über Fragen der Kommunalpolitik zu informieren. Teile des Materials wenden sich auch explizit an Multiplikator*innen der Stadtgesellschaft, beispielsweise an Lehrkräfte, Angestellte sozialer Einrichtungen und ehrenamtlich engagierte Menschen.

Auf der mehrsprachigen Website finden sich mehrsprachige Texte, Videos und weiterführende Hinweise. Ein Großteil des Materials kann auch in gedruckter Form kostenlos bei der Fachstelle für Demokratie bestellt werden.

Der Ablauf der Kampagne gliedert sich in drei Phasen: aufklären und informieren, Interesse wecken, motivieren.

Am 5. Juni startete die erste Phase der Kampagne, in der das Aufklärungs- und Informationsmaterial den Multiplikator*innen innerhalb der Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt wurde.

Am 11. November folgte der Start der ersten stadtweiten Plakatierung der Kampagne „Für mich. Für München. Kommunalwahl 2020.“ Mit sechs Motiven klärte die Fachstelle für Demokratie darüber auf, wie vielfältig die Themen sind, für die die Kommune zuständig ist. Die Plakate verdeutlichen, dass die Entscheidung darüber, welche Schwerpunkte in den einzelnen Themenfeldern gesetzt werden, bei den Bürger*innen liegt: „Ich entscheide darüber, wer im Stadtrat sitzt.“ Thematisch behandeln die Plakate die Themen Wohnraum, Mobilität und kommunale Daseinsvorsorge (kommunale Bäder, städtische Kitas, kommunales Trinkwasser, Öffnungszeiten der Stadtbibliotheken). Die dritte Phase startet circa zwei Wochen vor dem Wahltermin am 15. März 2020 und soll Münchner*innen motivieren, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen. Lokale Schwerpunkte der öffentlichkeits-

wirksamen Plakatierungen sind insbesondere Gebiete innerhalb der Stadt, die bei vergangenen Wahlen niedrige Wahlbeteiligungen aufwiesen.

Über die Kommunalwahl 2020 hinaus ist es Ziel der Fachstelle für Demokratie, das Angebot zur Aufklärung über Kommunalwahlen, demokratische Teilhabe im Stadtbezirk und politische Themenfelder und Prozesse der Kommune weiterzuentwickeln und zu verstetigen. Die Resonanz innerhalb der Stadtgesellschaft ist bisher übergreifend sehr positiv. Das Angebot und die Materialien werden sehr gut angenommen. Viele Bürger*innen geben über ihre Rückmeldungen Impulse zur Weiterentwicklung der Kampagne.

2.5 Beauftragte der Bezirksausschüsse gegen Rechtsextremismus

Die Beauftragten der Bezirksausschüsse gegen Rechtsextremismus sind ein bedeutender Baustein der kommunalen Gesamtstrategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Mit hohem persönlichen Engagement setzen sich die Beauftragten in ihren Vierteln für eine offene und demokratische Stadtgesellschaft ein. Für die Fachstelle für Demokratie sind sie essentielle Partner*innen in der Arbeit vor Ort.

2.6 Fortbildungen

Seit nunmehr zwei Jahren führt die Fachstelle für Demokratie Fortbildungen für die Beschäftigten der Landeshauptstadt München durch. Da sich Mitarbeiter*innen, die im direkten Publikumsverkehr stehen, immer häufiger mit rassistischen, diskriminierenden und menschenfeindlichen Aussagen konfrontiert sehen, gibt die Fachstelle ihnen niederschwellige Handlungsempfehlungen, wie sie im beruflichen Alltag entschieden und angemessen reagieren können.

2.7 Internationale Wochen gegen Rassismus – für 100% Menschenwürde

„Europa wählt Menschenwürde.“ Unter diesem Motto standen die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019. Vom 11. bis 24. März fanden bundesweit mehr als 1.750 Veranstaltungen statt, die sich mit den Themen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sowie wirkungsvollen Gegenstrategien auseinandersetzten. Allein in München beteiligten sich fast 100 Institutionen, Organisationen und Vereine aus der Stadtgesellschaft an dem von der Fachstelle für Demokratie koordinierten Programm. Die 120 Veranstaltungen reichten von Vorträgen, Lesungen

und Podiumsdiskussionen über Ausstellungen, Theater- und Filmvorstellungen bis hin zu Aktionen im öffentlichen Raum. Auch die bundesweite Auftaktveranstaltung der Internationalen Wochen gegen Rassismus wurde 2019 von der Fachstelle für Demokratie in München ausgerichtet. 2020 finden die Internationalen Wochen in München vom 19. März bis zum 5. April statt. Die Fachstelle koordiniert hierzu erneut einen umfangreichen und vielfältigen Veranstaltungskatalog mit zahlreichen Kooperationspartnern in der gesamten Stadt sowie eine begleitende Plakatkampagne.

2.8 Fachgespräch zum Thema „Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten“

Am 9. November führte die Fachstelle für Demokratie ein verwaltungsinternes Fachgespräch zum Thema „Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten“ durch. An dem Fachgespräch nahmen Vertreter*innen der verschiedensten Verwaltungsbereiche und Stadträt*innen verschiedener Parteien teil. Die Expert*innen Dr. Linda Supik (zum Zeitpunkt: Universität Münster), Ferda Ataman (Neue Deutsche Organisationen e. V.) und Martin Wilhelm (Citizens for Europe) setzten sich in ihren Beiträgen insbesondere kritisch mit der Verwendung des Parameters „Migrationshintergrund“ zur Messung von Diskriminierung und/oder gesellschaftlicher Teilhabe auseinander. Die Kategorie „Migrationshintergrund“ umfasst beispielsweise auch sehr viele weiße, deutschsprachige Menschen aus Österreich oder der Schweiz, die vermutlich eher selten rassistische Diskriminierung erfahren, wohingegen Schwarze Deutsche, die häufiger mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert sind, von dieser statistischen Kategorie nicht umfasst sind. In der anschließenden Debatte wurde deutlich, dass es neuer Konzepte bedarf, um diese Sachverhalte zu erfassen. Besonders relevant ist dabei die Einbeziehung von Betroffenen Gruppen und die freiwillige Selbstauskunft derjenigen, die „erfasst“ werden, sowie die transparente Kommunikation über Zweck und Ziel der Erhebung und die Wahrung von Datenschutzstandards. Von den Expert*innen abgelehnt wurde zudem die Messung des „Migrationshintergrundes“ durch qualifizierte Schätzung, wie dies bei der Landeshauptstadt München aktuell teilweise praktiziert wird. Grund dafür ist, dass diese Art der Messung der (unbewussten) Stereotypenbildung bei denjenigen Vorschub leisten kann, die die Vermessung vornehmen und dadurch zu institutionellem Rassismus beitragen kann.

2.9 Weitere Veranstaltungen

Auch im Jahr 2019 veranstaltete die Fachstelle für Demokratie darüber hinaus zahlreiche weitere Veranstaltungen:

So führte die Fachstelle für Demokratie am 16. Mai 2019 eine Veranstaltung zum Erstarken rechtspopulistischer und rechtsradikaler Tendenzen in Europa und zu deren besonderen Auswirkungen auf Sinti und Roma durch. Mitveranstalter und Kooperationspartner war die Madhouse gGmbH. Auf dem Podium diskutierten Alexander Diepold (Madhouse gGmbH), Christoph Leucht (freiberuflicher Trainer und Projektberater bei der Freudenberg Stiftung) und Irina Spataru (Vorstandsmitglied von Romano Centro in Wien), welche antiziganistischen Strategien von Akteuren der extremen Rechten verfolgt werden, an welche Einstellungen hierbei angeknüpft wird und welche Auswirkungen das auf die Betroffenen hat.

Von großer bundesweiter Bedeutung war die hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung „NSU: Rechter Terror und das Versagen des Staates“, welche am 11. Juli 2019 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses stattfand.

Ein Jahr nach der Urteilsverkündung im Münchner NSU-Prozess lud die Fachstelle für Demokratie in Kooperation mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Evangelischen Stadtakademie München, der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm) und der Münchner Volkshochschule zu einer Podiumsdiskussion mit den Expert*innen Clemens Binninger (ehem. Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag), Mehmet Daimagüler (Nebenklagevertreter im NSU-Prozess), Annette Ramelsberger (Süddeutsche Zeitung) und Caro Keller (NSU-watch) ein. Im Mittelpunkt der von Thies Marsen (Bayerischer Rundfunk) moderierten Diskussion standen die Fragen, die der Prozess nicht klären konnte: die Gefahr durch rechtsextreme Netzwerke, die Rolle der Sicherheitsbehörden und die Situation der Betroffenen. Von der Veranstaltung wurde ein Videomitschnitt angefertigt, der auf der Homepage der Fachstelle abrufbar ist:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Kampagnen/Podiumsdiskussion-NSU-.html>

Außerdem nahm die Fachstelle für Demokratie die Studie „Vertrauen in Demokratie“ von Prof. Dr. Frank Decker (Universität Bonn) zum Anlass, dieses Thema rund um den Internationalen Tag der Demokratie, am 15. September 2019, aufzugreifen. Hierbei wurde insbesondere diskutiert, inwieweit ein Zusammenhang besteht zwischen dem Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und einer

wachsenden sozialen Ungleichheit, wie darauf reagiert werden könnte und welche Entwicklungen diesbezüglich in München zu verzeichnen sind.

2.10 Ausblick: Die Aktivitäten der Fachstelle für Demokratie im Jahr 2020

Im Jahr 2020 feiert die Fachstelle für Demokratie ihr 10-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wird am 10. Februar 2020 ein Festakt mit Beiträgen von Oberbürgermeister Dieter Reiter, der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Dr. h. c. Charlotte Knobloch, der Journalistin Annette Ramelsberger (Süddeutsche Zeitung), Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin und dem Schauspieler und Comedian Simon Pearce stattfinden. Moderiert wird die Veranstaltung von Özlem Sarikaya vom Bayerischen Rundfunk.

Schwerpunktmäßig beschäftigen wird sich die Fachstelle für Demokratie im kommenden Jahr – auch vor dem Hintergrund des OEG-Attentats – mit dem Themenfeld Hasskriminalität. Denn Fälle von Hasskriminalität – also Straftaten, die gegen Personen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, physischen oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung bzw. Identität oder ihres sozialen Status gerichtet sind – beeinträchtigen nicht nur das Leben der unmittelbar Betroffenen massiv. Sie senden gleichzeitig eine einschüchternde Botschaft der Ausgrenzung und des Hasses an die gesamte Opfergruppe und stellen damit einen Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Grundverständnis der Landeshauptstadt München dar.

Am 22. Juni 2020 veranstaltet die Fachstelle für Demokratie eine Tagung mit dem Titel „Gewalt gegen Minderheiten – Juristische, polizeiliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven und Strategien im Umgang mit Hasskriminalität“, an der unter anderem auch der bayerische Justizminister Georg Eisenreich beteiligt ist. Zudem hat die Fachstelle für Demokratie – im Auftrag des Münchner Stadtrats – eine wissenschaftliche Studie zur Erforschung des Dunkelfelds im Bereich vorurteilsmotivierter Kriminalität in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse im Jahr 2020 vorgestellt werden sollen.

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt stellt im Jahr 2020 das Gedenken an den antisemitischen Anschlag auf das Wohnheim der Israelitischen Kultusgemeinde in der Reichenbachstraße (13. Februar 1970) und an das Oktoberfestfestattentat (26. September 1980) dar. Zum 50. bzw. 40. Jahrestag dieser Anschläge

ist die Fachstelle für Demokratie gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern an der Ausrichtung der Gedenk- und Fachveranstaltungen beteiligt, die sich insbesondere auch mit den aktuellen gesellschaftspolitischen Bezügen der beiden Anschläge auseinandersetzen werden.

Darüber hinaus soll im Jahr 2020 am Abend des 2. Oktober bundesweit die Lange Nacht der Demokratie stattfinden. 30 Jahre nach dem Tag der Deutschen Einheit soll insbesondere die Rolle der modernen und pluralen Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines vielfältigen Europas thematisiert werden. Die Fachstelle für Demokratie ist neben dem Wertebündnis Bayern und dem Trägerverein zentrale Veranstaltung der Langen Nacht der Demokratie in München und wird diese organisatorisch und inhaltlich mitgestalten.

Zudem wird die Fachstelle für Demokratie die 2018 unter dem Titel „Ich bin Münchner*in – Ich bin Muslim*a“ gestartete Postkarten- und Plakatkampagne fortführen. Im Jahr 2020 sollen Münchner Sinti und Roma im Fokus stehen. Unter dem Titel „Ich bin Münchner*in – Ich bin Sinto*Sintiza“ bzw. „Ich bin Münchner*in – Ich bin Rom*ni“ werden acht Münchner*innen porträtiert. Ziel der Aktion ist es, die Vielfalt der Teilnehmer*innen darzustellen und dadurch auch Klischees und Vorurteile gegenüber dieser Minderheit abzubauen.

3. Fazit und Ausblick zur Zusammenarbeit des Netzwerks

Erfolgreiche Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie erfordert ein Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft bedarf der intensiven Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema handelt, sind nicht nur pädagogische Maßnahmen erforderlich, sondern auch eine Vielzahl von ineinandergreifenden Ansätzen.

Die hier vorliegenden Berichte des Netzwerks zeigen eindrücklich, dass München den Weg einer Vernetzung und Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft konsequent und erfolgreich beschreitet. Jede einzelne Stelle leistet einen wichtigen Beitrag zum großen Ganzen: München als eine Stadt der Vielfalt zu erhalten, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Sozialreferat, S-II-KJF/JA
z. K.

IV. Wv. Direktorium FgR

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am